

## **PRESSEMITTEILUNG**

PARLAMENTARISCHER  
GESCHÄFTSFÜHRER  
**Heinz Maurus**

Landeshaus, 24100 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)  
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Untersuchungsausschuss

### **TOP 55**

**Dr. Trutz Graf Kerksenbrock:**

### **Ergänzung des Untersuchungsauftrages**

### **Es kreite der Berg und gebar noch nicht einmal eine Maus!**

„Die – rechtlich nicht notwendige – Ergänzung des Untersuchungsauftrages des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der nunmehr vom Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen Fassung ist ein deutlicher Beleg für den einzigen Zweck, den die Vollbremsung der Landesregierung gegenüber dem Untersuchungsausschuss im Januar 2003 je gehabt hatte. Man wollte auf keinen Fall unangenehme Vernehmungen im Untersuchungsausschuss vor der Kommunalwahl mehr erdulden müssen.“ Dies erklärte der CDU-Obmann im 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Dr. Trutz Graf Kerksenbrock, in der Landtagsdebatte über die Ergänzung des Untersuchungsauftrages des Ausschusses.

„Es kreite der Berg und gebar noch nicht einmal ein Mauslein“, so Kerksenbrock. Der Untersuchungsausschuss habe auch schon bisher keinerlei andere Gegenstände als Gegenstand bearbeitet als die nunmehr vom Landtag zu beschlieende. Hätte man es auf einen Rechtsstreit um die Zulässigkeit des bisherigen Untersuchungsgegenstandes ankommen lassen, wäre der Ausschuss, wie wahrscheinlich von der Landesregierung durch die Verweigerung von Aussagegenehmigungen angestrebt, für lange Zeit lahmgelegt gewesen. So habe man die „Bremswirkung“ auf 1 ½ Monate beschränken können.

Es werde sich nun erweisen, ob die grospurigen Ankündigungen der Mehrheitsfraktion, nunmehr die Verwirklichung des Untersuchungsauftrages zu betreiben, zum Nennwert genommen werden könnten und die von ihr getragene Landesregierung nunmehr wieder amts- und pflichtgema dem Untersuchungsausschuss die verlangten Beweismittel zur Verfügung stelle und an als Zeugen zu vernehmende Mitarbeiter Aussagegenehmigungen erteile. Insbesondere müsse die Landesregierung nunmehr unverzüglich alle staatsanwaltlichen Ermittlungsakten, die bei ihr bereits verfügbar seien, unverzüglich dem Ausschuss zur Verfügung stellen, erklärte Kerksenbrock.